

St. Gallische Strafvollzugsprobleme

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Fachblatt für schweizerisches Anstaltswesen = Revue suisse des établissements hospitaliers**

Band (Jahr): **27 (1956)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-808120>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

St. Gallische Strafvollzugsprobleme

Anlässlich der Hauptversammlung der Sektion Ostschweiz der Gesellschaft für Strafrechtspflege und Strafvollzugsreform sprach Regierungsrat M. Eggenberger über die sanktgallischen Strafvollzugsprobleme, die sich nach der Liquidation der Anstalt St. Jakob ergeben. Die Liquidation der Anstalt, die im letzten Herbst vom Grossen Rat beschlossen wurde, schreitet nach den Ausführungen von Regierungsrat Eggenberger rasch vorwärts. Ein Teil der Gefangenen ist bereits in andern Anstalten untergebracht, so die Gewohnheitsverbrecher und Zuchthausgefangenen in Regensdorf, die nicht fluchtgefährlichen Häftlinge im Saxerriet. Es scheint, dass sich auch das Personalproblem günstig lösen lässt. Von den dreissig Angestellten der Anstalt St. Jakob sind 23 in der Verwaltung und in der Privatwirtschaft placiert worden. Die Verhandlungen über die Abtretung des Areals St. Jakob durch den Kanton an die Stadt St. Gallen sind im Gange.

Der Aufhebungsbeschluss war begründet und braucht nicht bereut zu werden. Die Aufhebung des St. Jakobs bedeutet aber in keiner Weise, dass damit die Strafvollzugsprobleme im Kanton und in der Ostschweiz gegenstandslos geworden sind. Im Gegenteil, es stehen noch grosse Aufgaben bevor. Nach dem Schweizerischen Strafgesetzbuch von 1942 hat der Vollzug der einzelnen Straffarten und Massnahmen in gesonderten Anstalten oder Abteilungen zu erfolgen. Die geforderte Trennung ist aber bis heute in der Ostschweiz, ja man darf sagen in der ganzen Schweiz, noch nicht realisiert worden. Bis jetzt gibt es eine einzige Arbeitserziehungsanstalt, die diesen Namen wirklich verdient. Es ist Uitikon. Da es sich um eine offene Anstalt, die keine Fluchtgefährlichen aufnehmen kann, handelt, landen die zur Arbeitserziehung Verurteilten vielfach im Zuchthaus, obschon der Richter, der sie der Arbeitserziehung überwies, sie gerade von Zuchthausgefangenen fernhalten wollte. Festgehalten werden muss, dass die ausgezeichneten Gedanken, welche für die Bestimmungen im StGB über den Strafvollzug massgebend waren, noch nicht verwirklicht sind. Es ist eine Täuschung, wenn man erklärt, es werde in der Schweiz seit 1942 ein neuer Strafvollzug durchgeführt. Es stimmt dies nicht in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Anstalten. Die Behörden können die Strafen und Massnahmen nicht so vollziehen, wie Gesetz und Richter es vorschreiben. Nach dem StGB sind die nach Gesetz erforderlichen Anstaltsreformen von den Kantonen innert zwanzig Jahren, d. h. bis 1962, durchzuführen. Ueber 14 Jahre sind vergangen, ohne dass etwas Entscheidendes geschah. Bei der Anstaltsreform geht es nicht um «schöne Wünsche und Ideale», sondern um eine zwingende Gesetzespflicht, welcher die Kantone nachzukommen haben.

Es hat sich gezeigt, dass die einzelnen Kantone, vor allem die kleinern, nicht in der Lage sind, auch nicht mit Hilfe des Bundes, die geforderte Anstaltsreform für sich allein durchzuführen. Die Aufgabe

wird am zweckmässigsten regionenweise gelöst. So haben sich vor sechs Jahren die Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, St. Gallen und Graubünden zusammengeschlossen. Nach diesem Uebereinkommen wären in der Anstalt Saxerriet die Gewohnheitsverbrecher interniert worden. Der Kanton Zürich hätte in Regensdorf die Zuchthausgefangenen übernommen, die Anstalt Realta, in Graubünden wäre in eine Arbeitserziehungsanstalt ausgebaut worden.

Bald musste der Kanton Graubünden einsehen, dass er aus finanziellen Gründen nicht in der Lage war, die ihm übertragene grosse Aufgabe zu erfüllen. Auch die periphere Lage von Realta sprach gegen die Schaffung einer Arbeitserziehungsanstalt. Auf der andern Seite zeigte es sich, dass das Saxerriet für die Unterbringung von Gewohnheitsverbrechern ungeeignet war. So bahnte sich ein neuer Plan an, der von den kantonalen Departementen und dem Bundesrat genehmigt ist. In der Frühjahrsession wird sich der Grosse Rat damit zu befassen haben. Diesem Abkommen sind alle acht ostschweizerischen Kantone angeschlossen, nämlich Zürich, Glarus, Appenzell A. Rh. und I. Rh., Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden und Thurgau. Nach diesem Abkommen sollen die Zuchthausgefangenen ihre Strafen in Regensdorf abbüssen. Nicht fluchtgefährliche Zuchthausgefangene, welche die erste Freiheitsstrafe verbüssen, können auch ins Saxerriet verbracht werden. Gefängnisstrafen werden im Saxerriet verbüsst, sofern es sich um die erste zu verbüssende Freiheitsstrafe handelt. Für die Kantonsbürger von Appenzell A. Rh. kommt die Anstalt Gmünden in Frage, alle übrigen Gefängnisgefangenen (Rückfällige) werden nach Regensdorf verwiesen. Die Gewohnheitsverbrecher werden nach Regensdorf, Tobel und Realta eingeliefert. Neben der Arbeitserziehungsanstalt Uitikon soll im Kanton St. Gallen eine neue Arbeitserziehungsanstalt errichtet werden. Die Delinquenten, welche wegen verminderter oder gänzlicher Unzurechnungsfähigkeit versorgt werden müssen, gelangen nach Realta. Die Arbeitsanstalt Bitzi dient weiterhin der Aufnahme von Leuten, welche durch die administrativen Behörden eingeliefert werden können. Nach dem neuen Konkordat über den Strafvollzug in den acht Ostschweizer Kantonen werden die zu Zuchthaus und Gefängnis verurteilten Frauen nach Regensdorf eingeliefert, die verwahrten Frauen kommen nach Kappel a. A. oder Tobel.

Für den Kanton St. Gallen ergeben sich auf Grund dieses Abkommens folgende Aufgaben. Das Saxerriet muss zu einer Gefängnis- und Zuchthausabteilung für «Erstmalige» umgebaut werden. Es soll etwa 100 Mann aufnehmen können. Die in Aussicht genommene Arbeitserziehungsanstalt für 60 bis 80 junge Leute muss eine geschlossene und eine kleinere, offene Abteilung enthalten. Fest steht, dass diese baulichen Neuaufgaben kaum mehr kosten werden, als die im Jahre 1950 vorgesehene «un-

mögliche Lösung». Es geht hier um die Verwirklichung einer staatspolitischen Aufgabe, von der sich die Kantone nicht drücken können, da sie vom Gesetz gefordert wird. Mit der vorgeschlagenen Trennung der «Erstmaligen» von den Rückfälligen wird eine pädagogische Absicht verfolgt, denn nur mit der «Versenkung» der Verurteilten ist es nicht getan. Es ist beabsichtigt, das Strafgesetz in dieser Richtung zu revidieren.

Der letzte Teil der Ausführungen von Regierungsrat Eggenberger war dem sanktgallischen Strafvollzug der jüngeren Zeit gewidmet. Vor allem stattete der Redner dabei Dir. Dr. Gautschi für seine geleistete Arbeit den Dank ab. Im Kanton St. Gallen hat man sich seit 1942 bemüht, im Strafvollzug Gesetzeskonform zu sein. Es wurde keine Verweichlichung, wohl aber eine Vermenschlichung des Strafvollzuges angestrebt. Der Erziehungsgedanke, der im Strafgesetz ausdrücklich genannt wird, wurde in den Vordergrund gestellt.

In der an das Referat anschliessenden Diskussion erkundigte sich Kantonsrat Dr. Nef nach dem Standort der künftigen Arbeitserziehungsanstalt. Eine definitive Abklärung, so lautete die Antwort des Referenten, konnte bis heute noch nicht getroffen werden. Die Anstalt sollte einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb zur Selbstversorgung und zur Beschäftigung der jungen Leute, die keinen Beruf erlernen können, umfassen. Sodann muss sie eine Anzahl Lehrwerkstätten aufweisen. Dir. Gautschi dankte der Gesellschaft für Strafrechtspflege und Strafvollzugsreform für ihre Arbeit, welche denkbar geeignet ist, den Gedanken des modernen Strafvollzuges in der breitem Öffentlichkeit bekanntzumachen.

St. Gallische Verordnung über Pflegekinder und Kinderheime

Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen hat eine neue Verordnung betreffend die Pflegekinder und Kinderheime erlassen, die am 1. Januar 1956 in Kraft getreten ist. Sie ist mit Strafsanktionen in der Weise ausgestattet, dass ihr zuwiderhandelnde Pflegeeltern mit Bussen bis Fr. 200.— und Leiter von Kinderheimen sogar mit Bussen bis Fr. 500.— bestraft werden können.

Bezüglich der Pflegekinder unterstellt sich die Verordnung Kinder bis zum vollendeten 16. Altersjahr, die gegen oder ohne Entgelt für mehr als vier Monate anderen Personen als den Eltern zur Pflege und Erziehung anvertraut sind. Das Waisenamt des Pflegeortes ist ermächtigt, aus besonderen Gründen wie Gebrechlichkeit, Gefährdung usw. einzelne Kinder bis zur Volljährigkeit der Pflegekinderaufsicht zu unterstellen. Wer ein Pflegekind in seinen Haushalt aufnehmen will, hat vorher die Bewilligung des Waisenamtes seines Wohnortes einzuholen, es können aber auch anstelle der Pflegeeltern Amtsstellen, Vormünder oder gemeinnützige Vereinigungen das Gesuch einreichen. Art. 3 umschreibt sodann in erschöpfender Weise die Voraussetzungen, die an die Bewilligung eines Pflegeverhältnisses geknüpft werden. Die Pflegeeltern

sollen womöglich der gleichen Konfession angehören wie das Pflegekind. Sie muss volle Gewähr bieten für einwandfreie Ernährung, Kleidung, Behandlung und Erziehung des Kindes, insbesondere im Falle, dass dieses körperliche, moralische oder Verstandesmängel aufweist.

Die Pflichten der Pflegeeltern sind ebenfalls genau umschrieben: Sie haben das Kind seinen Anlagen entsprechend zu erziehen und seine körperlichen, geistigen und sittlichen Fähigkeiten nach Kräften zu fördern, es einwandfrei zu ernähren, kleiden und zu pflegen, familiär zu behandeln sowie zur Erfüllung seiner religiösen Pflichten und zur Erledigung der Schulaufgaben anzuhalten. Sie dürfen ihm keine ungeeigneten oder nicht üblichen Arbeiten übertragen und müssen ihm die nötige Freizeit und Nachtruhe gewähren. Die Verordnung enthält genaue Bestimmungen, wie die Aufsicht im einzelnen gehandhabt werden soll.

Im Abschnitt *Kinderheime* regeln sieben Artikel in ähnlicher Weise die Verhältnisse. Dazu gehören Pflegekinder beherbergen, jedoch nicht Krankenanstalten, Internate für Mittelschüler, Waisenanstalten der Gemeinden. Zur Eröffnung und zum Betrieb eines Kinderheimes bedarf der Inhaber einer Bewilligung des Departementes. Sie wird erteilt, wenn die leitende Person sich über ihre gesundheitliche, charakterliche und berufliche Befähigung zur einwandfreien Führung ausweist; soweit eine besondere Ausbildung erforderlich ist, z. B. in Heimen für Säuglinge, pflegebedürftige oder Kleinkinder, müssen die Leitung oder eine genügende Anzahl Angestellter über diese Ausbildung zu verfügen. Das Heim muss ausreichende heizbare Aufenthalts- und Schlafräume, einen Absonderungsraum und die erforderlichen sanitarischen und feuerpolizeilichen Einrichtungen aufweisen, und es ist mit einem Finanzierungsplan dem Departement des Innern glaubhaft zu machen, dass für den Betrieb des Heimes ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Die Bewilligung wird für eine bestimmte Zahl von Insassen erteilt, die nicht überschritten werden darf. Bei Bezug anderer Räume oder dem Wechsel des Betriebsinhabers ist eine neue Bewilligung erforderlich. Weitere Vorschriften betreffen die Auskunftspflicht der Heimleitung, die ärztliche Betreuung, die Zahl des Heimpersonals sowie die Aufsichtsmassnahmen; unter letztern wird bestimmt, dass das Departement des Innern durch regelmässige Kontrollbesuche prüft, ob die Heime dauernd den Vorschriften entsprechen.

Fordert nicht mehr denn gegeben ist

Das irdische Leben hat seine eigenen Gesetze. Wir stehen alle in jener Wirklichkeit, wo einer dem andern etwas schuldet, einer vom andern fordert. Und wir alle stehen in der Versuchung, mehr zu erlisten, als uns gebührt.

Herr, lass mich Dich vor Augen haben. Alles kommt von Dir. Du bist der Geber aller guten Gabe. Du bist am herrlichsten in Deinem Dich-Geben. Lass mich Dir so vertrauen, dass ich nicht in Versuchung bin, zu nehmen und zu fordern, was Du mir nicht gibst.

(Aus dem Adventsblatt 1955 der schweizerischen Anstalt für Epileptische, Zürich).